

Arbeit. Klasse. Politik.

Klassendynamiken im Zeichen von Transformation, Pandemie und einer gespaltenen Arbeitswelt.

Göttingen, 5.–6. November 2021

Dominik Harder / Thomas Sablowski

Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen (SOFI) veranstaltete, maßgeblich von *Horst Kahrs* und *Nicole Mayer-Ahuja* konzipierte Tagung ging den Prozessen der Klassenformierung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisen und Transformationsprozesse nach. Behandelt wurden unter anderem die Auswirkungen der Globalisierung, der Digitalisierung, der Migration, der Einfluss staatlicher Politik auf die Klassenformierung und die Perspektiven internationaler Solidarität.¹

Nicole Mayer-Ahuja und *Richard Detje* diagnostizierten in ihrer konzeptionellen Einführung ein weitverbreitetes Unbehagen über die wachsende soziale Ungleichheit bei gleichzeitigem Mangel an fundierten Lösungsansätzen. Dass es keine Klassen (mehr) gebe, sei die „Lebenslüge“ der BRD, welcher Soziologen wie Helmut Schelsky mit der Verbreitung von Konzepten wie dem der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ Vorschub leisteten. Mayer-Ahuja und Detje plädierten dafür, die Klassenverhältnisse im Anschluss an Marx als Ausbeutungsverhältnisse zu begreifen. Die „arbeitende Klasse“ sei durch die Notwendigkeit des Verkaufs der Ware Arbeitskraft, die Arbeit auf Weisung anderer und die unternehmerische Aneignung ihrer Arbeitsergebnisse gekennzeichnet. Die neoliberale Ideologie und die Transformationen der Arbeit im postfordistischen Kapitalismus hätten die Dethematisierung der Klassen begünstigt. Die vertikale Desintegration von Unternehmen, die Spaltung in Kern- und Randbelegschaften, die staatliche Förderung prekärer Beschäftigung, die Erosion der Verknüpfung von Arbeit und sozialer Sicherung auf nationaler Ebene und die verschärfte Standortkonkurrenz

¹ Die Veranstaltung ist per Video dokumentiert: <https://www.youtube.com/watch?v=ufq5OiCcqWA>, <https://www.youtube.com/watch?v=i41x9NQEfSA> [18. 11. 2021].

hätten die arbeitende Klasse stärker fragmentiert und so zur Entsolidarisierung geführt. Gegenwärtig komme es jedoch zu einer „Wiederkehr“ der Klassenfrage. Auch in der „Mitte“ verbreite sich infolge der jüngsten Krisen die Angst vor dem sozialen Abstieg. Hegemoniale Narrative hätten ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt, die Globalisierung scheine an Grenzen zu stoßen. Aus den Erfahrungen des Leistungsdrucks und des Personalmangels sowie den Diskussionen über „systemrelevante“ Berufe in der Corona-Krise könnten sich neue Potenziale für die Wahrnehmung von Gemeinsamkeiten der Lohnabhängigen, für eine solidarische Politik der Arbeit ergeben.

Die Klassengesellschaft – historische Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen

Lutz Raphael zeichnete nach, wie die Industriearbeiter durch den Niedergang des Fordismus ab dem Ende der 1970er-Jahre „unsichtbar“ wurden und es zum „Klassenkampf ohne Klassen“ kam. Dabei nahm er nicht nur die Veränderungen in der Arbeitswelt, sondern auch die sozialräumlichen und kulturellen Dimensionen der Klassenstrukturierung in den Blick. Raphael betonte die Notwendigkeit, reale Veränderungen und „Theorieeffekte“ zu unterscheiden. So sei etwa die „Individualisierung“ in den Industriebetrieben nie so stark gewesen, dass Solidarität keine Bedeutung mehr gehabt hätte oder unmöglich geworden sei.

Sabine Pfeiffer ging auf die Bedeutung der „Digitalisierung“ für die Produktion und Realisierung von Wert ein. Sie lenkte die Aufmerksamkeit vor allem auf die neuen digitalen „Distributivkräfte“, die sie als Teil der Produktivkräfte begriff, die jedoch nicht primär in der Produktion, sondern in der Realisierung von Wert zur Geltung kämen. Es sei fraglich, ob der Besitz der Produktionsmittel noch das entscheidende Merkmal des Kapitals sei – die Plattformökonomie erlaube es, sich von diesem „lästigen Anhängsel“ zu befreien. Gleichzeitig werde die Ausbeutung der Arbeit durch die Ausbeutung des Konsums ergänzt. Der Staat, der immer schon Garant des Privateigentums gewesen sei, werde nun zum Garanten der Ausbeutung der „Commons“.

Christoph Butterwegge stellte dar, wie die dem Kapitalismus inhärente soziale Ungleichheit durch die staatliche Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den letzten Jahrzehnten vertieft wurde. Daran hätten auch die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie nichts geändert. Die soziale Ungleichheit habe sich durch „Lockdown“ und „Home schooling“ vertieft. Arbeiter:innen

in der Fleischindustrie oder Menschen in Gemeinschaftsunterkünften hätten ein höheres Infektionsrisiko als diejenigen, die ihren Beruf im „Home office“ ausüben. Automobilkonzerne hätten vom Kurzarbeitergeld profitiert und zugleich Dividenden in Milliardenhöhe an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Die temporäre Mehrwertsteuersenkung sei von den Unternehmen vor allem zur Erhöhung ihrer Profitraten genutzt worden und habe ansonsten vor allem denen gedient, die sich teure Konsumgüter wie Autos leisten können.

Marcel van der Linden stellte die Entwicklung der Klassenverhältnisse in einem weiten globalhistorischen Bogen als Parabel dar: Als Antwort auf die „soziale Frage“ des 19. Jahrhunderts, den Pauperismus und die „gefährlichen Klassen“, die sich der Kontrolle der Eliten zu entziehen drohten, sei es zu einem kumulativen Prozess von Reformen gekommen, der in den kapitalistischen Zentren zum „Normalarbeitsverhältnis“ führte. Das Wachstum der Nachkriegsjahre erweckte den Eindruck, der Kapitalismus sei sozial geworden; mit der Wendung Chinas zum Kapitalismus und dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa schien zudem das „Ende der Geschichte“ gekommen. Tatsächlich sanken die Wachstumsraten, die soziale Ungleichheit nahm wieder zu und das Normalarbeitsverhältnis wurde aufgebrochen. Als Resultat der neoliberalen Globalisierung diagnostizierte van der Linden eine Angleichung der Ausbeutungsraten zwischen globalem Norden und Süden. Es gelte, der neoliberalen Globalisierung statt nationaler Abschottung eine andere Form der Globalisierung entgegenzusetzen.

Stefanie Hürtgen kritisierte das Konzept der „imperialen Lebensweise“ von Ulrich Brand und Markus Wissen wegen seiner mangelhaften klassen- und raumtheoretischen Grundlegung. Die Vorstellung, die habituelle Verinnerlichung von dominanten Konsumnormen sei die entscheidende Größe für die Entwicklung des globalen Kapitalismus, habe Parallelen zur neoliberalen Ideologie. Die einfache Unterscheidung zwischen „globalem Norden“ und „globalem Süden“ verkenne die komplexe strukturelle Heterogenität, die mit der „Glokalisierung“ entstehe.

Ravi Ahuja verdeutlichte anhand der Verhältnisse in Indien, dass Klassenformierung nicht nur auf gemeinsamen Erfahrungen beruht. Wie in anderen Teilen der Welt habe sich dort die Situation der Lohnabhängigen in den letzten Jahrzehnten verschlechtert; zentrales Merkmal der Arbeitsverhältnisse sei ihre Informalisierung. Die Lohnarbeit dehne sich aus, aber paradoxerweise habe die Identifikation und Repräsentation der Arbeiterklasse an Bedeutung verloren, während etwa Rekurse auf die Kastenzugehörigkeit wieder zunähmen. In dieser

Situation seien Gewerkschaften dann erfolgreich, wenn sie sich, statt nur nach Gemeinsamkeiten der Arbeiterschaft zu suchen, auf deren reale Heterogenität beziehen, also beispielsweise die Situation der „Unberührbaren“ thematisieren und in ihre Praxis einbeziehen.

Solidarische Klassenpolitik angesichts von Prekarität, Pandemie und politischem Stillstand

Peter Birke und *Sabrina Apicella* setzten sich mit den Arbeitsbedingungen im Online-Versandhandel und in der Fleischindustrie auseinander, wo die Belegschaften zu großen Teilen aus Migrant:innen bestehen. Diese Tatsache ist laut Birke nur durch die Bedeutung des Rassismus bzw. die Rassifizierung der Arbeitsverhältnisse erklärbar. Er plädierte für die räumliche und zeitliche Erweiterung der Analyseperspektive, um die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse im Zeichen der Migration zu begreifen. Apicella ging der Frage nach, warum die streikenden Arbeiter:innen bei Amazon bisher in der Minderheit geblieben seien. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Art und Weise, wie die betrieblichen Konflikte verarbeitet werden, eben nicht allein aus den Verhältnissen im Betrieb ableitbar sei. Vielmehr würden auch lebensweltliche Einflüsse oder vopolitische Denk- und Handlungsmuster der Beschäftigten eine wichtige Rolle spielen.

Natalie Grimm nahm die Lebensrealität von prekär Beschäftigten ausgehend von Haushaltsbefragungen in den Blick. Sie wandte sich gegen die Vorstellung, es gebe ein „Prekariat“ als besondere Klasse. Die prekär Beschäftigten seien eine sehr heterogene Gruppe. Sie identifizierte mit „mechanischen Notgemeinschaften“ und „organischen Solidargemeinschaften“ zwei Typen von Haushalten, die verschiedene Lebensbedingungen und politische Orientierungen aufwiesen.

John Lütten und *Johanna Sittel* präsentierten Ergebnisse von Befragungen in der Thüringer Autoindustrie und im Kohlebergbau der Lausitz, wo die Energiewende und strukturelle Abhängigkeiten für große Arbeitsplatz-, Lohn- und Statusverlustängste sorgen. Dabei spielten auch die Erfahrungen der „Wende“ und frühere, nicht eingehaltene Versprechen in puncto Ersatzarbeitsplätze eine Rolle. Abwertungserfahrungen führten zur Skepsis gegenüber allen, die sich „von außen“ einmischen, wie der als „unfair“ wahrgenommenen medialen Berichterstattung.

Horst Kahrs diskutierte die Frage, inwieweit die Diskussion über die Aufwertung von „systemrelevanten“ Berufen Spielraum für eine neue Politik

der Arbeit bietet. Diese stehe vor dem Problem, dass nach verbreiteten Gerechtigkeitsvorstellungen zwar an die „Unteren“ höhere Löhne gezahlt werden sollen, die Lohnhierarchie als solche aber bestehen bleiben soll. Zudem seien die Machtressourcen der Beschäftigten in den als „systemrelevant“ bezeichneten Bereichen eher gering. Kahrs sah dennoch vor allem im Gesundheitswesen einen „strategischen Hebel“, um die Verhältnisse in Bewegung zu bringen. Es biete sich an, an die Kämpfe anzuknüpfen, die schon vor der Pandemie dort geführt wurden.

Martin Kuhlmann kam in seinem Resümee der Forschung des SOFI zu dem Ergebnis, dass es nach wie vor bleibende Elemente von Arbeiterbewusstsein gebe, auch wenn dieses sich in mancher Hinsicht gewandelt habe. Körperliche Arbeit und Anstrengung schwinden als positive Bezugspunkte, auch die Wahrnehmung eines spezifischen „Arbeiterschicksals“ habe sich aufgrund der Verbesserung der materiellen Lage abgeschwächt. Es bleibe jedoch das Bewusstsein der ökonomischen Abhängigkeit, der Unsicherheit. In den gemeinsamen Erfahrungen der Intensivierung der Arbeit, der verschärften Konkurrenz, der Missachtung der eigenen Kompetenzen und in den Sorgen um die eigene Zukunft und die der Kinder sah Kuhlmann verbindende, politisierbare Momente.

Richard Detje und *Dieter Sauer* referierten die Ergebnisse von Befragungen von Gewerkschafter:innen, die sie zwischen 2011 und 2021 zur Verarbeitung von Krisenerfahrungen in den Belegschaften durchgeführt haben. Sie stießen auf die Wahrnehmung einer permanenten Krise, eine „adressatenlose Wut“, Ohnmacht, eine strukturelle Distanz gegenüber dem „Staat der Anderen“, Loyalität gegenüber den Gewerkschaften („das Einzige, was wir haben“), die Kritik an zu wenig genutzter Organisationsmacht („wir können uns wehren, aber wir tun es nicht“) und das Bewusstsein, dass „dieses höher, schneller, weiter [...] nicht für ewig halten“ werde.

In der abschließenden Debatte ging es um Einschätzungen der zu erwartenden Entwicklungen unter der neuen Bundesregierung. Während *Hans-Jürgen Urban* eine politische Stagnation und eher geringe Veränderungen prognostizierte, zeichneten *Bernd Riexinger*, *Nicole Mayer-Ahuja* und *Christoph Butterwegge* ein noch negativeres Bild. Angesichts der Beibehaltung der „Schuldenbremse“ und des Verzichts auf Steuererhöhungen sei zu befürchten, dass die Modernisierung des deutschen Kapitalismus über weiteren Sozialabbau finanziert werde. Das Versäumnis der künftigen Regierung, dringend notwendige sozialökologische Strukturreformen auf den Weg zu bringen, werde jedoch auch größere Profilierungsmöglichkeiten für Linke und Gewerkschaften mit sich bringen.